

ANTRAG

Antragsteller*in: Nils Grund, Philipp Gruber, Daniel Szankovich, Michael Pröll, Marvin Feigl (Landesvorstand JUNOS Burgenland)

Tagesordnungspunkt: 9.b Inhaltliche Anträge

A1NEU: Freie Märkte - Starke Zukunft: Freiheit schafft Chancen!

Antragstext

1 Freie Märkte - Starke Zukunft: Freiheit schafft Chancen!

2 Das Burgenland hat ein großes Problem. Eine Landesregierung, die es für den
3 besten Weg hält, mit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik durch das
4 Burgenland zu fräsen. Es werden keine innovativen Lösungen für neue Probleme
5 gesucht, sondern lieber mit Methoden aus dem letzten Jahrhundert jeder noch so
6 kleine Tropfen aus der Burgenländischen Wirtschaft gepresst. Die Opfer dieser
7 Politik? Die Lebensqualität, Umwelt und Bürger:innen den nächsten Job in Wien
8 oder Graz suchen müssen und so fast gezwungen sind abzuwandern.

9 Denn wieso sollte ein Unternehmen mit Vater Staat und "unendlichem" billigen
10 Geld konkurrieren? Wieso sollte sich ein Unternehmen mit einer unfairen
11 Benachteiligung nach der anderen auseinandersetzen? Wieso sollte es seine
12 Leistung und potenzielle Innovation im Burgenland aussähen, wenn es nur Schikane
13 durch die Landesregierung ernten kann?

14 Ganz einfach: Wird er nicht. Lieber geht es in benachbarte Bundesländer oder
15 gleich ganz woanders hin. Jedenfalls besser, als in den Verstaatlichungswahn
16 einer SPÖ Burgenland zu gelangen.

17 Wir JUNOS Burgenland sehen das eindeutig anders. Für uns ist der freie Markt ein
18 klarer Weg zu einer freien und selbstgestalteten Zukunft für jeden Menschen. Das
19 gilt auch für das Burgenland!

20 Wir müssen aufhören mit Zwangsverstaatlichung und Zweckverträgen, um alles in
21 der zentralen Hand einer fehlgeleiteten Landesregierung zu konzentrieren. Wir
22 müssen zurück zur Innovation und dem freien Markt – um endlich wieder Chancen
23 für junge Menschen zu sähen und eine starke Zukunft ernten zu können!

Dieser Antrag soll Mittel und Wege aus der zunehmend sozialistischen Wirtschaft des Burgenlands aufzeichnen. Das soll gelingen mit dem erprobten Mittel zur Erhöhung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum – dem Freien Markt.

Denn nur dieser schafft die Umgebung, damit sich Menschen entfalten, Innovation und Fortschritt aufbauen und eine starke Zukunft schaffen können.

Keine Konkurrenz durch Vater Staat!

Aktuell umfasst die Landesholding Burgenland ganze 81 Unternehmen im Konzernverbund. Viele von ihnen aufgekauft oder als „bessere Alternative“ zu privaten Unternehmen gegründet. Diese Landesunternehmen üben durch massive Überförderung und Privilegien Druck auf Privatunternehmen aus, die dem Preisniveau nicht standhalten können. So kommt es dazu, dass viele private Unternehmen in Sektoren, in denen das Land tätig ist, entweder Preisdumping betreiben müssen oder sich ganz aus dem Burgenland zurückziehen. Durch den starken Einfluss der Landesholding ist es äußerst unattraktiv, ein Unternehmen zu gründen.

Vom Bus, über den Strom, bis hin zu Sektflaschen: Es gibt kaum einen Bereich, wo die Landesholding nicht involviert ist. Sie verdrängt private Anbieter, indem sie Probleme mit deinem Geld bewerfen und hoffen, dass sie sich so lösen.

Wettbewerb wird so systematisch unterlaufen. Viele Unternehmen unter dem Dach der Holding agieren fernab parlamentarischer Kontrolle. Entscheidungen über Millioneninvestitionen, Postenbesetzungen und strategische Ausrichtungen werden oftmals in nicht-öffentlichen Gremien getroffen – mit politischer Einflussnahme statt unternehmerischer Fachkompetenz.

Das wirtschaftliche Agieren der Holding ist eng mit parteipolitischen Interessen verknüpft. Der Konzern wird zum Machtinstrument einzelner Akteure, statt einem effizienten Dienstleister für die Bevölkerung. Wirtschaftliche Risiken (z.B. Fehlinvestitionen, Ineffizienz, Verschuldung) werden sozialisiert, Erfolge jedoch politisiert.

Öffentliche Holdingstrukturen führen nachweislich zu Ineffizienz, Fehlanreizen und fehlender Innovationskraft. Die Konzentration derart vieler Unternehmen in einem staatlichen Konstrukt widerspricht jedem Prinzip einer dynamischen, freien Marktwirtschaft!

Es braucht daher:

1. Umfassende Evaluierung aller Beteiligungen

Es soll eine umfassende Evaluierung sämtlicher Beteiligungen und Tochterunternehmen der Landesholding Burgenland durch den Landesrechnungshof beantragt werden, mit Fokus auf Wirtschaftlichkeit, Notwendigkeit und marktverzerrender Wirkung.

2. Rückzug aus marktverdrängenden Bereichen

Die Landesholding soll sich schrittweise aus Bereichen zurückziehen, in denen funktionierende private und gemeinnützige Anbieter existieren oder aufgebaut werden können – insbesondere Tourismus, Pflege, Wohnbau und Mobilität.

3. Einrichtung eines unabhängigen Kontrollgremiums

Zur Sicherstellung demokratischer Kontrolle ist die Einrichtung eines unabhängigen Kontrollgremiums mit parlamentarischer Beteiligung zu fordern, das strategische Entscheidungen der Holding wie Beteiligungskäufe, Großinvestitionen und Gründungen genehmigen muss. Dieses Gremium soll jährlich einen Bericht veröffentlichen, in dem solche Investitionen durch die Holding transparent aufgelistet werden und auf parteipolitische Einflussnahme geprüft werden.

4. Gesetzliches Beteiligungsverbot in bestimmten Branchen

Ein gesetzliches Verbot von Beteiligungen der Landesholding für Branchen soll eingeführt werden, bei denen es nur wenige private Unternehmen im Burgenland gibt. In Branchen mit wenigen Anbietern sollte der Fokus des Landes nicht primär auf der Elimination von Landesbeteiligungen liegen, sondern auf dem Anziehen von privaten Unternehmen. Dies soll eine staatliche Konkurrenz künftig auszuschließen.

5. Volle Transparenz und Offenlegung

Sämtliche Verträge, Beteiligungen, Subventionen und Vorstandsgehälter im Holding-Bereich sind in einem jährlichen Transparenzbericht offenzulegen, um Intransparenz und Freunderlwirtschaft entgegenzuwirken.

6. Keine neuen Verstaatlichungen

Geplante Übernahmen von Privatunternehmen durch die Landesholding sollen pausiert und durch den Rechnungshof geprüft werden. Bei negativer Prüfung ist

87 das Vorhaben sofort einzustellen.

88 Mehr Autonomie zu den Gemeinden, weniger Zentralismus

89 Wenn die Landesregierungen Droskowitz eines über die Jahre hinweg gut gemacht
90 haben, dann ist es definitiv der Aufbau von Macht und Abhängigkeiten, die vom
91 Land ausgehen.

92 Vor allem die Gemeinden haben mit eingeschränktem Handlungsspielraum zu kämpfen.
93 Obwohl das Gemeindebudget des Bundes für das Land in den letzten Jahren konstant
94 gestiegen ist, sind viele Kommunen in eine Misere geraten. Gemeinden können
95 keine Gehälter mehr zahlen und können sich keine Investitionen leisten. Die
96 Bedrängnis wird immer höher.

97 Gleichzeitig beansprucht das Land immer höhere Ertragsanteile und bevorzugt laut
98 Landesrechnungshof rote Gemeinden überproportional. Die Vergabe von finanziellen
99 Mitteln verläuft sehr intransparent.

100 Doch anstatt diese Punkte zu überarbeiten hat LH Droskowitz andere Pläne: Die
101 Übernahme des Müllverbandes, der bislang von den Gemeinden betrieben wird, in
102 die Landesholding Burgenland. Ein weiterer Mosaikstein in der jetzt schon
103 übermächtigen und zentralistischen Landesholding.

104 Für zukunftsfitte Gemeinden fordern wir daher:

105 1. Eine transparente Auflistung der Vergaben an Gemeinden inkl. Begründung

106 2. Eine drastische Senkung der Ertragsanteile, die seitens des Landes
107 beansprucht werden

108 3. Eine transparente Begründung der Ertragsanteile des Finanzausgleichs, die
109 vom Land beansprucht werden

110 4. Keine Abzocke durch das Land: Ein klares "Nein" zu sinnlosen Übernahmen
111 und Eingriffen in die Gemeinden

112 Zusätzlich sorgt, der vor einigen Jahren eingeführte, Mindestlohn für

113 Gemeindebedienstete für mehr Druck in den Gemeinden.

114 Mehr Platz für freie Lohngestaltung

115 Es hört sich anfangs vielleicht nicht schlecht an: Ein einheitlicher Mindestlohn
116 von €2.000,- netto für Angestellte im Landes- bzw. Gemeindedienst. Betrachtet
117 man allerdings den wirtschaftlichen Aspekt, die prekäre Verschuldung des Landes,
118 die dadurch stark abgeschwächte Konkurrenzfähigkeit von privaten Unternehmen,
119 die desaströse budgetäre Situation und die fehlende Verhältnismäßigkeit der
120 Löhne, sieht die Situation ganz anders aus.

121 Die Landesregierung sorgt immer mehr für ein zentralistisches Monopol, das nicht
122 nachhaltig ist und privaten Unternehmen jegliche Luft zum Atmen nimmt. Es wird
123 derart in den Markt eingegriffen, sodass kein Raum für Entwicklung und
124 Entfaltung für die Wirtschaft und keine freie Lohngestaltung geschaffen werden
125 kann.

126 Wir fordern daher:

127 1. Die Aufhebung des landesweiten Mindestlohns

128 Schema F wird das Burgenland nicht retten

129 Im Burgenland wird Politik zu oft nach dem Motto „Schema F“ betrieben: zentrale
130 Vorgaben, starre Förderrichtlinien und Copy-Paste-Lösungen aus vergangenen
131 Jahrzehnten. Was auf dem Papier der Landesbürokratie funktioniert, scheitert in
132 der Praxis der Gemeinden, Unternehmen und Bürger:innen. Standardisierte
133 Maßnahmen ohne Realitätsscheck führen zu Ineffizienz, Verschwendung und Frust –
134 und verhindern echte Innovation.

135 Wir JUNOS Burgenland sagen klar: Das Land muss weg vom Gießkannenprinzip und hin
136 zu flexiblen, ergebnisorientierten Lösungen. Politik muss mehr sein, als
137 Formular A, Stempel B, Ausschuss C.

138 Wir fordern daher:

139 1. Gesetzes- und Förderungs-TÜV: Jede landesgesetzliche Regelung und jede
140 Förderrichtlinie wird alle fünf Jahre verpflichtend evaluiert. Ohne
141 positiven Wirkungsnachweis tritt eine Sunset-Klausel in Kraft – die
142 Maßnahme läuft automatisch aus.

2. Outcome statt Output: Förderungen müssen an messbare Ziele (Arbeitsplätze, Wertschöpfung, CO₂-Reduktion, Innovationen) geknüpft werden – nicht an möglichst viele Seiten Papier oder politisch gefällige PR-Projekte.
3. Regulatory Sandboxes & Pilotregionen: Gemeinden und Unternehmen sollen in „Reallaboren“ neue Lösungen testen dürfen – mit weniger Bürokratie und klar definierten Risikorahmen.
4. One-Stop-Förderportal: Ein digitales, transparentes Portal bündelt alle Landesförderungen. Kriterien, Fristen und Entscheidungen sind dort in Echtzeit einsehbar.
5. Entpolitisierung von Vergaben: Förderentscheidungen erfolgen nach klaren, öffentlich einsehbaren Punktesystemen – nicht nach Parteibüchern oder Bürgermeister-Bonus.
6. Verpflichtende Stakeholder-Feedbackschleifen: Vor Umsetzung größerer Programme müssen Betroffene (Gemeinden, Kammern, Bürger:innen) eingebunden, Ergebnisse dokumentiert und veröffentlicht werden.
7. Lean Administration: Schlanke Prozesse, digitale Signaturen und „once-only“-Prinzip für Unterlagen – wer dem Land einmal etwas vorgelegt hat, muss es nicht zehnmals vorlegen.

Parteibuch darf nicht alles sein

Eines der grundlegenden Probleme des Burgenlandes ist, dass Landesgesetze und Förderungen vielfach zentral von den Bürokrat:innen des Landes erdacht werden und beim ersten Kontakt mit der Lebensrealität der Burgenländer:innen auseinanderfallen. Um Ineffizienzen des Landes vorzubeugen, sollen bei Entscheidungen des Landes alle betroffenen Parteien bzw. Vertretungsorgane miteinbezogen werden.

Es muss das Ziel sein, dass es keine Entscheidung des Landes ohne eine ausreichende Miteinbeziehung der Öffentlichkeit gibt. Denn die Miteinbeziehung vieler verschiedener Meinungen in den Entscheidungsfindungsprozess stellt

171 sicher, dass eine Lösung auch in der Realität praktikabel ist. Wir JUNOS
172 Burgenland stellen uns klar gegen Intransparenz und realitätsfremde
173 Vorschriften.

174 Auch aus demokratiepolitischer Sicht sind top-down Vorschriften und
175 zentralistische Strukturen problematisch. Damit Macht nicht missbraucht werden
176 kann, muss sie auf möglichst vielen verschiedenen Schultern verteilt werden.
177 Umso problematischer ist es also, dass es im Burgenland von Gemeindebediensteten
178 bis zu den Geschäftsführenden eines Landesunternehmens meist ein gemeinsames
179 Merkmal gibt – die Parteimitgliedschaft.

180 Wir JUNOS Burgenland fordern daher:

181 Bei der Besetzung von Posten in den Gemeinden ist stärker darauf zu achten, dass
182 diese an Bewerber:innen mit den passendsten Qualifikationen vergeben werden,
183 nicht an jene mit dem richtigen Parteibuch. Die Gemeinden sollen bei
184 Personalentscheidungen dem Gemeinderat genau offenlegen müssen, warum sich für
185 oder gegen eine bestimmte Person entschieden wurde. Personen, welche sich im
186 Management oder in einer Leitungsfunktion befinden werden, dürfen nur nach
187 Mehrheitsbeschluss durch den Gemeinderat aufgenommen werden.

188 Führungspositionen in Landesunternehmen müssen in einem öffentlichen
189 Hearingverfahren besetzt werden. So kann sichergestellt werden, dass die
190 Öffentlichkeit sich ein Bild der Bewerbung machen kann und politische
191 Einflussnahme möglichst geringgehalten bzw. öffentlich zur Schau gestellt wird.

192 Starke Zukunft durch junge Kräfte!

193 Mit einer Gesamtverschuldung von über €1,3 Mrd. lässt die burgenländische
194 Landesregierung recht herzlich grüßen. Mit der Bevölkerungszahl von ca. 300.000
195 Menschen kommen wir somit auf eine Pro-Kopf-Verschuldung von gerundet €4.567,-!

196 So kann es auf jeden Fall nicht weitergehen, denn irgendwann müssen die Schulden
197 getilgt werden. Wenn die Schulden so kontinuierlich weiterwachsen, wächst somit
198 die Last der nächsten Generation. Es sind die Schulden, die in Zukunft in Form
199 von Steuerabgaben durch die zukünftigen Generationen beglichen werden müssen. Es
200 müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um diese Last der nächsten Generation
201 nicht aufzubürden. Es ist jetzt Zeit für eine Budgetsanierung im Burgenland!

202 Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

203 1. Sofern der Bund schon einen ausgewählten Bereich mit Bundesförderungen
204 subventioniert, muss das Land es auch nicht noch mit Landesförderungen
205 subventionieren!

206 2. Wir fordern einen generellen Verwaltungsabbau, vor allem in Bereichen, wo
207 bereits jetzt Mehrfachstrukturen bestehen. Zudem soll vermehrt auf
208 Digitalisierung der Verwaltung gesetzt werden.

209 3. Wir fordern die Einführung einer Schuldenbremse, um zukünftige schwere
210 Verschuldungen zu verhindern. Diese Schuldenbremse setzt auf
211 Haushaltsdisziplin und zweckgebundene Ausnahme wie bspw. schwere
212 Wirtschaftskrisen, Katastrophen oder der Klimakrise.

213 Zukunftsinvestitionen für das Burgenland schaffen (N)

214 Wer Zukunft will, muss heute klug investieren – und zwar dort, wo privates
215 Kapital genutzt wird, Innovation entsteht und Lebensqualität steigt.
216 Zukunftsinvestitionen sind keine Selbstzweck-Bauprojekte der Landesholding,
217 sondern Hebel für Produktivität, Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

218 Klare Parameter für Zukunftsinvestitionen:

219 1. Private Kofinanzierung statt Staatsmonopol: Mindestens 50 % private Mittel
220 oder klare Exit-Strategie des Landes.

221 2. Transparente Ausschreibungen & KPIs: Offene Vergabeverfahren, messbare
222 Ziele, jährlicher Wirkungsbericht.

223 3. Technologieoffen & dezentral: Keine politisch verordnete Lieblings-
224 Technologie, sondern Wettbewerb der besten Lösungen in allen Bezirken.

225 4. Wirtschaftlicher und ökologischer Mehrwert: Investitionen müssen
226 Wertschöpfung schaffen UND Ressourcen schonen.

Strategische Investitionsfelder:

1. Digitale Infrastruktur: Flächendeckendes Glasfaser- und 5G-Netz bis zur letzten Ortschaft. Ohne Highspeed-Internet sind keine modernen Arbeitsplätze möglich.
2. Rechenzentrum im Norden (mit Abwärmenutzung): Ein energieeffizienter Datacenter-Cluster an der A4/A6-Achse – mit klaren Nachhaltigkeitsstandards, Nutzung regionaler erneuerbarer Energie und strenger Transparenz bei Kosten und Partnern.
3. Gründer- & Tech-Hubs: Co-Working-Spaces in Eisenstadt, Neusiedl und Oberwart – betrieben von privaten Trägern, flankiert durch Mikrokredite, Mentoring und Netzwerkprogramme.
4. Bildung & Forschung vernetzen: Ausbau dualer Ausbildungszentren, Kooperationen zwischen FH Burgenland, Unternehmen und Forschungseinrichtungen – inklusive Stipendien für MINT-Studierende, die im Burgenland gründen oder arbeiten.
5. Energie- und Speichertechnologien: Investitionen in Netzausbau, Speicher (z. B. Power-to-Heat, Batteriespeicher) und Geothermie-Projekte – technologieoffen und marktbasiert.
6. Lebendige Ortskerne digital denken: Öffentliche WLAN-Zonen, digitale Marktplätze für lokale Anbieter, Pop-up-Stores und Kulturflächen – kombiniert mit den bereits geforderten Architekturwettbewerben.

Wir fordern daher:

1. Die Einführung eines „Zukunftsfonds Burgenland“ mit klaren Kriterien (KPI, Private-Kofinanzierung, Sunset-Klauseln) und jährlichem Transparenzbericht.

2. Die Priorisierung digitaler und bildungsnaher Projekte vor Beton-prestigeprojekten der Landesholding.

3. Die Errichtung eines energieeffizienten Rechenzentrums im Norden des Landes – nur bei gesicherter privater Beteiligung und Nachhaltigkeitszertifizierung.

4. Förderprogramme für Startups und MINT-Unternehmen, inkl. leichter Zugang zu Mikrokrediten, Bürgschaften und Coaching – befristet, transparent und evaluierbar.

5. Offene Daten & offene Ausschreibungen: Alle Projekte des Zukunftsfonds werden auf einer Plattform veröffentlicht – inklusive Kosten, Partner, Fortschritt und Zielerreichung.

So schaffen wir Investitionen, die nicht nur heute Schlagzeilen machen, sondern morgen Wohlstand, Jobs und Freiheit bringen. Eine starke Zukunft entsteht nicht durch Verstaatlichung, sondern durch mutige Menschen in einem fairen, freien Markt – und durch ein Land, das ihnen dafür die richtigen Rahmenbedingungen bietet.

Mehr Berufsorientierung an Schulen

Schüler:innen sind die jungen Kräfte für eine starke Zukunft – nur wissen sie leider nicht, was genau zu ihnen passt und was sie in Zukunft machen wollen. Deswegen soll auf vermehrte Berufsorientierung gesetzt werden, um berufliche Möglichkeiten und Perspektiven aufzuzeigen.

Auf der einen Seite können sogenannte „Berufsorientierungsbeauftragte“ eingesetzt werden, welche als Ansprechperson für die Schüler:innen dienen. Die Berufsorientierungsbeauftragten sind Personen, welche rund um Fragen in Richtung Berufsorientierung und für die Organisation der berufspraktischen Tage zuständig sind. Lehrer:innen sollen nicht weiter mit administrativen Aufgaben belastet werden.

Die Bildungsdirektion soll Praktika, Betriebsbesuche und eine landesweite Praktikumsbörse forcieren – in Zusammenarbeit mit WKÖ und AMS.

281 Wir fordern daher:

282 1. mehr Berufsorientierung (inkl. Praxisbezug) und die Implementierung von
283 Berufsorientierungsbeauftragten an Burgenlands Schulen.

284 2. die Einführung einer Praktikumsbörse seitens der Bildungsdirektion.

285 3. mehr Betriebsbesuche in diverse Branchen.

286 Tradition und Fortschritt Hand in Hand gehen

287 Die wirtschaftliche Entwicklung im Burgenland wird seit Jahrzehnten stark von
288 traditionellen Unternehmen geprägt. Diese Firmen haben zweifellos eine wichtige
289 Rolle gespielt und leisten weiterhin einen wertvollen Beitrag zur regionalen
290 Wertschöpfung. Allerdings darf die Förderung nicht einseitig auf etablierte
291 Branchen und Unternehmen beschränkt bleiben. Einseitige Konzentration auf
292 traditionelle Wirtschaftssektoren birgt die Gefahr, dass das Burgenland im
293 globalen Wettbewerb an Dynamik und Innovationskraft verliert.

294 Wir fordern daher eine klare und gezielte Stärkung von innovativen Unternehmen,
295 insbesondere aus den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
296 sowie Startups. Diese jungen und dynamischen Firmen sind Schlüsselakteure für
297 zukunftssträchtige Arbeitsplätze, technologische Fortschritte und nachhaltiges
298 Wirtschaftswachstum im Burgenland. Durch die Förderung von IKT-Unternehmen und
299 Startups wird die regionale Innovationskraft erhöht und neue Märkte können
300 erschlossen werden.

301 Eine zukunftsfähige Wirtschaftsstrategie muss deshalb Rahmenbedingungen
302 schaffen, die es innovativen Unternehmen erleichtern, zu wachsen, zu investieren
303 und Arbeitsplätze zu schaffen.

304 JUNOS Burgenland fordert deshalb:

305 1. Den Ausbau der Infrastruktur für digitale Technologien und
306 Breitbandversorgung

307 2. Trotz zahlreicher Versprechen fehlen flächendeckend leistungsfähige

Breitband- und Glasfasernetze, vor allem in ländlichen Gebieten.

Für viele Menschen hat ihre Heimatgemeinde etwas Identitätsstiftendes. Und das zu Recht, schließlich sind es Gemeinden, in denen wir aufwachsen, zur Schule gehen und unser Leben leben. Durch den immer größer werdenden Braindrain sterben Ortskerne leider immer mehr aus. Nicht nur das Ortsbild und die lokale Wirtschaft leiden darunter, sondern auch der politische Austausch und das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden. Demokratie braucht den freien Austausch von Ideen und Menschen brauchen konsumfreie Räume, in denen sie sich gerne aufhalten.

Es braucht innovative Konzepte für unsere Haupt- und Marktplätze und umliegende Straßen. Ein idealer Ortskern ist keine leblose Betonwüste, sondern ein Platz, an dem sich Menschen gerne aufhalten. Daher sollen Gemeinden neuen Konzepten junger Menschen Raum geben, sich in unseren Zentren zu verwirklichen.

Doch die Verantwortung für die Zentren unseres Lebens darf nicht nur bei den Gemeinden liegen. Vielmehr sollte die gesamte Ortsgemeinschaft in eine Wiederbelebung des Ortskerns eingebunden werden.

Ein solcher Prozess macht leider auch Investitionen durch die Gemeinde nötig. Doch keinesfalls darf die angestrebte Lösung ein kontinuierliches Verschwenden finanzieller Mittel durch die öffentliche Hand sein. Vielmehr sollen Lösungen nachhaltig und unter möglichst starker Beteiligung lokaler Unternehmen gefunden werden.

Wir JUNOS Burgenland fordern daher:

1. Die Mittel zur Belebung des Ortskerns sollen sich vor allem aus EU - Förderungen, Beteiligungen lokaler Entitäten sowie Landesmitteln strukturieren.

2. Jede Gemeinde soll einen Architekturwettbewerb, unter Beteiligung von Verkehrsplanern starten, in dem Konzepte für die Ortskernbelebung erarbeitet werden. Die Bürger:innen der Gemeinden sollen über diese Konzepte abstimmen, das Konzept mit den meisten Stimmen soll von der Gemeinde umgesetzt werden.

3. Jede Gemeinde soll selbst entscheiden können, welche Voraussetzungen sie

339 für den Architekturwettbewerb setzt. In jedem Fall soll das Endprodukt
340 ausreichend Grünflächen und Plätze für Geschäfte und Lokale beinhalten.
341 Besonders im Fokus stehen sollen innovative Ansätze von jungen Menschen,
342 um die Ortskerne zukunftsfit zu machen.

343 4. Gemeinden sollen mit Vereinen und Schulen zusammenarbeiten, um ihnen
344 temporär Raum für Ausstellungen, Aufführungen und Ähnliches auf
345 öffentlichen Plätzen zu geben. Besonders Vereine sind eine große
346 Bereicherung für Gemeinden und sorgen immer wieder für zusätzliche
347 Einnahmen durch z.b. Feste.